

Mitteilung des Senats vom 19. August 2003**Neubildung eines Landesjugendhilfeausschusses**

Nach § 3 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Lande Bremen (BremAGKJHG) vom 17. September 1991 (Brem.GBl. S. 318) wird bei der Behörde des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ein Landesjugendhilfeausschuss eingerichtet, dem 20 stimmberechtigte und höchstens zwölf beratende Mitglieder angehören. Für alle Mitglieder sind Stellvertreter/-innen zu wählen oder zu bestellen.

1. Die beratenden Mitglieder sind entweder kraft Amtes oder auf Vorschlag der entsendenden Institutionen im Landesjugendhilfeausschuss vertreten. Die vorschlagsberechtigten Institutionen sind um Benennung gebeten worden. Die Benannten werden zur konstituierenden Sitzung der Jugendhilfeausschüsse eingeladen.
2. Stimmberechtigte Mitglieder sind:
 - a) zwölf Mitglieder der Bürgerschaft (Landtag) oder von ihr gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind, davon mindestens zwei aus Bremerhaven;
 - b) acht Vertreter oder Vertreterinnen der im Lande Bremen wirkenden anerkannten Träger der freien Jugendhilfe.

Die stimmberechtigten Mitglieder und deren Stellvertreter/-innen werden von der Bürgerschaft (Landtag) für die Dauer der Legislaturperiode gewählt.

Die Vorschläge der Fraktionen der Bürgerschaft (Landtag), der Jugendverbände, der Wohlfahrtsverbände und Träger der freien Jugendhilfe sollen in der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration am 28. August 2003 beraten werden.

Der Senat wird die namentlichen Vorschläge bis zur Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) vom 9. bis 11. September 2003 nachreichen und bittet die Bürgerschaft (Landtag), die zwölf zu wählenden Männer und Frauen und die acht Vertreter oder Vertreterinnen der im Lande Bremen wirkenden anerkannten Träger der freien Jugendhilfe entsprechend des nachzureichenden Vorschlages der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration zu wählen.